

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

46. Ausgabe, Juni 2008

Tschechien

Aufhebung der Investitionsanreize für die verarbeitende Industrie

Letzten Monat verabschiedete die tschechische Regierung einen Gesetzesentwurf, demzufolge die Investitionsanreize für die verarbeitende Industrie aufgehoben werden sollen. Jene Anreize umfassen Steuerbefreiungen und Fördermittel sowohl für die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch für Schulungsmaßnahmen. Neue Investitionsanreize werden ab dem nächsten Jahr nicht mehr gewährt, bereits gewährte Investitionsanreize bleiben jedoch auch weiterhin bestehen.

Wir empfehlen daher, die für die nächsten drei Jahre (über diesen Zeitraum müssen die Kriterien erfüllt werden) geplanten Investitionen in Produktionsanlagen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Schulung von Mitarbeitern zu bewerten und zu prüfen, ob Sie die letzte Chance, Investitionsanreize zu erhalten, nutzen sollten.

Die grundsätzlichen Bedingungen für die Inanspruchnahme der Investitionsanreize lauten wie folgt:

- Investitionen in eine neue oder erweiterte Produktion in Höhe von mindestens CZK 100 Mio. [ca. EUR 4,15 Mio.] innerhalb der nächsten drei Jahre (für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit wurde die Höhe der Mindestinvestition auf CZK 50 Mio. [ca. EUR 2,07 Mio.] bzw. CZK 60 Mio. [ca. EUR 2,49 Mio.] herabgesetzt),
- diese Investitionen müssen mindestens zur Hälfte mit Eigenkapital finanziert werden,
- mindestens 60 % der gesamten Investitionen müssen für den Kauf von neuen Maschinen verwendet werden.

Forschung & Entwicklung

Im Zuge der geplanten Aufhebung der Investitionsanreize für die verarbeitende Industrie wird die steuerliche Förderung des Bereichs Forschung & Entwicklung, die in Tschechien seit dem Jahr 2006 gewährt wird, wohl zunehmend an Bedeutung gewinnen. Im Gegensatz zu besagten Investitionsanreizen ist es hier möglich, Steuernachlässe in Anspruch zu nehmen, ohne sich einem Genehmigungsverfahren unterziehen zu müssen.

Für die Inanspruchnahme der Förderung sind folgende Schritte notwendig:

- Vorbereitung einer Projektbeschreibung über die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des Unternehmens,
- Bezifferung der förderfähigen Kosten,
- Geltendmachung der Kosten in der Steuererklärung für den entsprechenden Besteuerungszeitraum als ein abzugsfähiger Posten.

Seit dem 1. Januar ist es außerdem möglich, eine verbindliche Auskunft auf die Frage, ob eine bestimmte Aktivität als Forschung & Entwicklung betrachtet werden kann, beim Finanzamt zu beantragen. Eine solche Auskunft kann die Rechtssicherheit erhöhen, sofern diese Form der steuerlichen Förderung in Anspruch genommen werden soll.

Wenn sich Ihre Gesellschaft mit Forschung und Entwicklung beschäftigt, bietet diese Steuerförderung Gelegenheit, die Steuerschuld durch Ansatz der Kosten dieses Bereichs zu senken.

Kontakt vor Ort

Lenka Mrázová, Telefon: +420 (2) 51 15-25 53

Kontakt in Deutschland

Monika Diekert, Telefon: +49 (30) 26 36-52 25

Polen (Geplante) Änderung des Einkommensteuer- gesetzes

Eine der wesentlichen Änderungen des polnischen Einkommensteuergesetzes besteht in der Reduzierung der Zahl der Einkommensteuerstufen. Ab dem 1. Januar 2009 existieren nicht mehr wie bislang drei (mit 19 %, 30 % bzw. 40 %), sondern nur noch zwei Stufen mit 19 % bzw. 32 %.

Das Finanzministerium arbeitet darüber hinaus an weiteren Änderungen. Eine der wichtigsten betrifft die Abzugsfähigkeit von ausländischen Sozial- und Krankenversicherungsbeiträgen. Bislang konnten Polen, die im Ausland arbeiteten, die ausländischen Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung nicht von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abziehen. Die neuen Vorschriften, deren Inkrafttreten zum 1. Januar 2009 geplant ist, sollen einen solchen Abzug nun unter bestimmten Bedingungen gestatten. Diese Gesetzesänderung stellt eine Anpassung des polnischen Rechts an EU-Regelungen, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des polnischen Verfassungsgerichtshofes dar.

Kontakt vor Ort

Tomasz Galka, Telefon: + 48 (71) 356 11 85

Russland Geplante Änderungen hinsichtlich der Mitarbeiter-Incentives

Die Ausgaben eines Unternehmens für die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter sollen künftig von der Besteuerung befreit werden. Nach einem Gesetzesentwurf der russischen Regierung sollen Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern nun die Besteuerungsgrundlage der Gewinnsteuer reduzieren. Darüber hinaus werden diese Aufwendungen zwar als Sachleistungen an die Mitarbeiter qualifiziert, unterliegen aber weder der Lohnsteuer noch den Sozialabgaben.

Außerdem sollen Aufwendungen von Unternehmen für die privaten Krankenversicherungen ihrer Mitarbeiter leichter abzugsfähig sein. Nach den bisherigen Regelungen ist die Abzugsfähigkeit besagter Aufwendungen auf 3 % des gesamten Personalaufwands begrenzt. Zukünftig soll diese Begrenzung auf 6 % erhöht werden. Aufgrund der sehr schlechten gesetzlichen Gesundheitsvorsorge bieten viele russische Unternehmen ihren Mitarbeitern die Übernahme der privaten Krankenversicherung an - bei ausländischen Unternehmen in Russland ist dies sogar der Regelfall.

Neuerungen bei den Sonderwirtschaftszonen

Das russische Wirtschaftsministerium veröffentlichte die Ergebnisse der Ausschreibung über das Recht, eine der neuartigen Sonderwirtschaftszonen (SWZ) zu errichten. Bislang gab es in Russland nur gewerbliche, innovative und touristische SWZ. Das Recht zur Errichtung einer Flughafen-SWZ bekamen die Region Ulyanowsk (an der Wolga) und Krasnojarsk (in Sibirien) zugesprochen. Eine Seehafen-SWZ wird im fernen Osten, genauer gesagt in Komsomolsk am Amur, am Ende der nördlichen Route der Transsibirischen Eisenbahn, errichtet. Darüber hinaus ist für gewerbliche SWZ geplant, das Mindestinvestitionsniveau von bislang EUR 10 Mio. auf EUR 2 Mio. zu reduzieren. Ziel dieser Reduzierung ist es, Investitionen in jenen SWZ vor allem für mittelständische Unternehmen, insbesondere für Automobilzulieferer, attraktiver zu machen.

Kontakt vor Ort

Christian Ziegler, Telefon: +7 495 232 5461

Hans-Peter Zerf, Telefon: +7 495 232 5410

Kontakt in Deutschland

Daniel Kast, Telefon: +49 (30) 26 36-52 52

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 (30) 26 36-52 07

Letland Steuerliche Behandlung von Zinszahlungen

Körperschaftsteuergesetz

Gemäß § 6.4 Abs. 1 und 2 des Körperschaftsteuergesetzes muss der höhere der folgenden Beträge dem zu versteuerndem Einkommen wieder hinzugerechnet werden:

1. der die Zinserträge übersteigende Betrag unter Anwendung des 1,2fachen der durchschnittlichen Rate für kurzfristige Kredite bei Kreditinstituten für den letzten Monat des Wirtschaftsjahres auf das Fremdkapital (wie vom Statischen Zentralamt festgelegt),
2. Zinsen im Verhältnis zur Überschreitung des das Eigenkapital 4-fach übersteigende durchschnittliche Fremdkapitals (dargelegt im Jahresabschluss des Steuerpflichtigen).

Gemäß § 6.4 Absatz 4 sind jegliche Zinsen, die ein Inländer auf Kredite, Finanzierungskäufe und auf Darlehen bei lettischen oder EU-Kreditinstituten, der lettischen Staatskasse, der Nordic Investment Bank und der Weltbank zahlt, unter Berücksichtigung der seit dem 1. Januar 2007 gültigen Änderungen, für körperschaftsteuerliche Zwecke voll abzugsfähig.

Anti-Diskriminierungs-Massnahmen in internationalen Abkommen

Artikel 56 des Gründungsvertrags der Europäischen Gemeinschaft verbietet jegliche Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit zwischen den Mitgliedsstaaten. Der Vertrag sieht jedoch bestimmte Ausnahmen vor, die eine Diskriminierung zulassen (z.B. differierende Vorschriften zur Vermeidung von Steuerhinterziehung).

Unseres Erachtens fällt § 6.4 des Körperschaftsteuergesetzes jedoch nicht unter diese Ausnahmen. Lettlands Doppelbesteuerungsabkommen beinhalten Anti-Diskriminierungsklauseln. Einige dieser Klauseln (z.B. im Abkommen mit Litauen) beinhalten eine spezielle Vorschrift, die besagt, dass Zinsen, die ein lettisches Unternehmen an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, genauso abzugsfähig sind wie Zinsen, die an eine in Lettland ansässige Person gezahlt werden. Diese Vorschrift macht deutlich, dass eine Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Zinsen an in Lettland nicht-ansässige Personen als Diskriminierung zu qualifizieren ist, sofern diese nicht auch auf Inländer angewandt wird.

Die durch das Abkommen gewährte Steuerentlastung ist direkt anwendbar. So bedarf es bspw. keiner Anpassung des nationalen Rechts des Vertragsstaates, damit ein Inländer das Anrecht auf die Anwendung der Abkommensentlastungen besitzt. Vorschriften des EU-Vertrages hingegen gestatten eine andere Behandlung. Wie der Europäische Gerichtshof mehrfach deutlich gemacht hat, genießen die Mitgliedsstaaten (inkl. Lettland) Autonomie bei der direkten Besteuerung, solange das Gesetz des Mitgliedsstaates nicht gegen EU-Recht verstößt. Folglich sollte Lettland sicherstellen, dass seine Gesetze nicht weniger freizügige Regeln für EU-Ansässige einführen als jene, die für in Lettland Ansässige unter gleichen Umständen gelten.

Die Geschichte der Zinsdiskriminierung

Die Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes bezüglich der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen wurden mit dem Ziel, Diskriminierung zu beseitigen, eingeführt. Vor 2005 besagte § 6.4 Abs. 4 des Körperschaftsteuergesetzes, dass Zinszahlungen auf Kredite von lettischen eingetragenen Kreditinstituten voll abzugsfähig waren. Seit dem 1. Januar 2005 besagt der geänderte Abs. 4, dass Zinszahlungen an in anderen Mitgliedsstaaten eingetragene Kreditinstitute ebenfalls voll abzugsfähig sind. Das Körperschaftsteuergesetz wurde folglich geändert um eine Gleichbehandlung von Zinsen an lettische und nicht-lettische EU-Bürger zu gewährleisten, um jegliche Vorteile, die lettische Kreditinstitute gegenüber anderen in der EU ansässigen Kreditinstituten hatten, abzubauen. Den ab dem 1. Januar 2007 gültigen Änderungen folgend besagt § 6.4 Abs. 4 des Körperschaftsteuergesetzes allerdings auch, dass Zinszahlungen für von

Anteilskauf durch „Nicht-Ansässige“

Inländern ausgegebene Kredite voll abzugsfähig sind. Dementsprechend sieht, angesichts des Art. 56 des EU-Vertrags, das Körperschaftsteuergesetz eine Diskriminierung vor.

Um die Anwendung dieser diskriminierenden Regelungen des Körperschaftsteuergesetzes zu vermeiden, sollte ein lettischer Steuerzahler die Finanzverwaltung oder das Finanzministerium um eine Bestätigung bitten, dass Zinszahlungen an EU-Bürger voll abzugsfähig sind.

Es kann sein, dass ein eingetragener lettischer Kaufmann beim Kauf von Unternehmensanteilen von einer nicht-ansässigen natürlichen Person die auf den Anteilskauf entfallende lettische Einkommensteuer einbehalten muss. Seit dem 12. Juni 2007 sieht das lettische Einkommensteuergesetz vor, dass natürliche Personen, die in Lettland nicht ansässig sind, lettische Einkommensteuer zahlen müssen, sofern sie Anteile an (lettischen oder ausländischen) Gesellschaften verkaufen, deren Aktiva sich im Jahr der Veräußerung oder in dem diesem vorangegangenen Jahr direkt oder indirekt zu mehr als 50 % aus lettischen Immobilienwerten zusammensetzen. Sind diese gesetzlichen Kriterien erfüllt und werden die Anteile an eine lettische Gesellschaft oder einen lettischen Einzelunternehmer verkauft, so muss im Zahlungszeitpunkt 2 % Einkommensteuer einbehalten werden. Bezüglich dieser Einbehaltungspflicht bestehen keinerlei Ausnahmen und die Steuer muss bis spätestens zum 5. Tag des auf die Zahlung folgenden Monats an die Finanzverwaltung abgeführt werden. Um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen (bspw. die Prüfung des 50 %-Schwellenwerts), sollte der lettische Käufer den ausländischen Verkäufer bitten, die Bilanz des Unternehmens zu Beginn jenes Jahres, in dem die Anteile verkauft werden, und des diesem vorangegangenen Jahres zu erstellen. Darüber hinaus sollten Informationen über Immobilienverkäufe auf Gesellschaftsebene im vorangegangenen Jahr eingeholt werden.

Behält der Käufer 2 % der Einkünfte ein, so ist die lettische Steuerschuld des Verkäufers abgegolten. Der Verkäufer hat jedoch auch die Möglichkeit, eine Steuererklärung abzugeben, sein zu versteuerndes Einkommen zu erklären und darauf 25 % Steuern zu entrichten.

Kontakt vor Ort

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Litauen Änderungen des Körperschaftsteuer- gesetzes

Besteuerung von Dividenden (in Kraft ab 01. Januar 2008)

Die Quellensteuer kann die zu zahlende Körperschaftsteuer (KSt) einer litauischen Gesellschaft reduzieren, die eine Dividende von einer anderen litauischen Gesellschaft erhält. Das bislang geltende Recht sah eine Steuerreduzierung bei der die Dividende ausschüttenden Gesellschaft vor. Übersteigt die Höhe der anrechenbaren Steuer die der von der Gesellschaft zu zahlende KSt, so kann die Differenz auf Grundlage der allgemeinen Regeln erstattet werden (bislang konnte die Differenz lediglich in die kommende(n) Periode(n) vorgetragen werden).

Empfangene Dividenden, die von einer in einem der EWR-Staaten ansässigen Gesellschaft stammen, unterliegen nicht der KSt (bislang waren sie steuerpflichtig und unterlagen dem normalen Steuersatz).

Litauische Gesellschaften dürfen bei den folgenden Einkünften die zu zahlende KSt in Höhe der in einem anderen Staat gezahlten KSt reduzieren:

- erhaltene Dividenden. Nach alter Rechtslage war es in einigen Fällen möglich, dass die im Ausland gezahlte Quellensteuer nicht die Höhe der von einer litauischen Gesellschaft zu zahlende KSt reduzieren konnte.
- Zinsen, unabhängig von der im Ausland darauf gezahlten KSt einschließlich des Teils der in Litauen zu zahlenden KSt.

Weitere Änderungen

Die folgenden Änderungen gelten ab dem im Jahr 2008 beginnenden Veranlagungszeitraum:

- Ausgaben für die Mitarbeiterausbildung sind in jener Periode abzugsfähig, in der sie angefallen sind. Ausgaben für zukünftige Mitarbeiter sollten periodengerecht abgegrenzt und, nachdem der Mitarbeiter seine Tätigkeit aufgenommen hat, abgeschrieben werden.
- Die Änderungen sehen überdies Steueranreize für Unternehmen vor, die in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten investieren. Den Änderungen zufolge sind F&E-Aufwendungen (abgesehen von Abschreibungen auf Vermögenswerte) für körperschaftsteuerliche Zwecke dreimal innerhalb des Zeitraums, in dem sie anfallen, abziehbar. Die neue Gesetzeslage sieht darüber hinaus auch eine kürzere Abschreibungsdauer (2 Jahre) für bestimmte langfristige Vermögenswerte vor, die im Rahmen von F&E-Tätigkeiten genutzt werden.
- Überdies ist nun ein günstigerer Ablauf bei der für Zwecke der KSt notwendigen Kalkulation der abzugsfähigen Höhe des Sponsorships in Fällen vorgesehen, in denen Verluste aus vorangegangenen Perioden vorgetragen werden.
- Außerdem können nach der neuen Gesetzeslage aus den Kernaktivitäten des Unternehmens entstehende Verluste unbeschränkt vorgetragen werden, vorausgesetzt, bestimmte Kriterien werden erfüllt. Aus der Veräußerung von Wertpapieren oder Finanzinstrumenten entstehende Verluste können jedoch nur bis zu 5 Jahre vorgetragen werden.

Kontakt vor Ort

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 (5) 2 39-23 00

Ukraine Neuerliche Auslegung des Verlustvortrags

Die Finanzverwaltung verlautbarte die Auffassung, dass im Wirtschaftsjahr 2008 Steuerpflichtige berechtigt sind ihr zu versteuerndes Einkommen lediglich durch den in der Körperschaftsteuererklärung des Jahres 2007 aufgeführten Verlust zu reduzieren. Dies hätte zur Folge, dass Steuerpflichtige kein Recht hätten, Verluste, die vor dem 1. Januar 2006 angefallen sind, geltend zu machen. Hintergrund dessen ist eine im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2007 eingeführte Begrenzung.

Sobald neue Informationen verfügbar sind, werden wir Sie über die weitere Entwicklung in diesem Bereich auf dem Laufenden halten.

Kontakt vor Ort

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906777

Serbien Ein- & Ausfuhr- beschränkungen von Bargeld und Schecks

Die serbische Nationalbank modifizierte mit Wirkung zum 1. Juni 2008 den Beschluss bezüglich der Bedingungen zur persönlichen und körperlichen Ein- und Ausfuhr von persönlichen und dinglichen Zahlungsmitteln ("RS Amtsblatt", Nummern 67/2006 and 52/2008):

- Natürliche Personen (Ansässige und Nicht-Ansässige) dürfen nun pro Person RSD („serbische Dinar“) im Wert von bis zu EUR 10.000 (bislang EUR 5.000), ein- und ausführen.
- Die gleiche Begrenzung gilt für ausländische Währungen, die körperlich aus Serbien bar oder als Scheck ausgeführt werden. Des Weiteren besteht wie bislang keine Einfuhrbegrenzung für jene Währungen.
- Personen, die ihren Wohnsitz in Serbien haben, dürfen, zusätzlich zu dem eben bereits dargestellten Äquivalent von EUR 10.000, im Rahmen eines Wohnsitzwechsels (Verlassen Serbiens) in bar pro Person ausländische Währungsmittel bis zu EUR 15.000 ausführen.

- Personen, die keinen Wohnsitz in Serbien haben, dürfen mehr als besagte EUR 10.000 ausführen, sofern sie den Zollbehörden beweisen können, dass
 - der EUR 10.000 übersteigende Betrag bereits bei Einführung nach Serbien gegenüber den Zollbehörden deklariert wurde;
 - jener Betrag von einem Fremdwährungskonto oder Fremdwährungs-Geldmarktkonto bei einer serbischen Bank entnommen wurde.

Kontakt vor Ort

Marija Bojovic, Telefon: +381 (11) 33 02-1 00

Kasachstan (Geplante) Änderungen des Steuerrechts

Wir haben für Sie eine Zusammenfassung der rechtlichen und steuerlichen Änderungen in Kasachstan in 2008 vorbereitet:

Novelle des Steuerrechts

Änderungen des Steuerrechts wurden bei den Sozialleistungen eingeführt. Die Verpflichtung zur Zahlung eines Mutterschaftsgelds wurde vom Arbeitgeber auf den Staat übertragen. Demzufolge sind künftig Zahlungen eines Mutterschaftsgeldes für Zwecke der Körperschaftssteuer nicht abzugsfähig.

Neue Regelungen zur Arbeitserlaubnis

Ein neues Dekret, welches neue Regelungen bezüglich der Arbeitserlaubnis einführt, wurde am 19. Dezember 2007 erlassen. Die wesentlichen Änderungen beinhalten:

- die Einführung eines Skalensystems für ausländische Arbeitskräfte mit einem Grenzsteuersatz für jede Kategorie. Die Skalierung beruht auf (i) Bildung, (ii) Berufserfahrung und (iii) der Nachfrage auf dem lokalen Arbeitsmarkt;
- die Ausnahmeregelung für Vorstände von Banken und Versicherungsgesellschaften wurde aufgehoben (anstelle dessen wurde eine Ausnahmeregelung für Manager und Fachkräfte, die im Almaty Finanzzentrum arbeiten, eingeführt);
- für Geschäftsführer eines Unternehmens, das zu mehr als 50 % im Besitz ausländischer Anteilseigner ist, gilt ein vereinfachtes Verfahren bzgl. der Arbeitserlaubnis (eine Suche auf dem kasachischen Arbeitsmarkt wird nicht verlangt);
- Arbeitgebervertreter dürfen an Meetings der Kommission, die über die Ausstellung einer Arbeitserlaubnis entscheidet, teilnehmen.
- Die Entscheidung über eine Arbeitserlaubnis wird die berufliche Qualifikation des Arbeitnehmers berücksichtigen.

Das Dekret trat am 1. Juni 2008 in Kraft.

Regelungen zur Bestimmung des Steuerobjekts und von Objekten, die einer indirekten Besteuerung unterliegen

Zur Bestimmung des Steuerobjekts und von Objekten, die einer indirekten Besteuerung unterliegen (Aktiva, Verbindlichkeiten, Umsätze und Aufwendungen), wurden neue Regelungen eingeführt.

Die Finanzverwaltung hat das Recht, diese Regelungen zur Bestimmung der Steuerpflicht eines Steuerzahlers im Falle einer Verletzung der Buchhaltungsvorschriften, oder im Falle des Verlusts oder der Vernichtung von Buchhaltungsunterlagen (bspw. durch Feuer oder Diebstahl) zur Bestimmung des Steuerobjekts und von indirekt mit der Besteuerung verbundenen Objekten zu verwenden.

Beachten Sie bitte, dass die Verletzung der Buchhaltungsvorschriften bzw. der Verlust oder die Vernichtung von Buchhaltungsdokumenten auch das Fehlen von Unterlagen, die Grundlage für die Berechnung der Steuerschuld sein könnten, einschließt.

Reform der Besteuerung von Bodenschätzen

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministeriums für Wirtschaft und Haushaltsplanung hielt eine Diskussion zur vorgeschlagenen Reform der Besteuerung von Bodenschätzen. Die Arbeitsgruppe ließ der Investoren-Gemeinschaft den Änderungsentwurf zukommen. Die wesentlichen Änderungen beinhalten:

- Abschaffung von Lizenzgebühren;
- Einführung einer neuen Mineralienförderungssteuer:
 - hinsichtlich Öl und Gas bezieht sich die Besteuerungsgrundlage auf den von der Londoner Börse jeweils aktuell festgelegten Umrechnungskurs (z. B. keine Berücksichtigung von Transportkosten);
 - Die Spanne der Steuersätze für die Förderung von Öl und Gas liegt zwischen 5 % und 20 %, abhängig von der Produktionsmenge;
- Änderung der Steuer auf Ölexporte:
 - keine Berücksichtigung von Transportkosten bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage;
 - Steigende Steuersätze – bisherige Spanne zwischen 0 % und 33 %, vorgeschlagene Spanne zwischen 22 % und 57 %;
- neue Erwägungen bezüglich der Zahlungsfristen der Sonderzulage bei der Entdeckung einer Förderstelle:
 - beträgt der Bonus weniger als MCI 1.000 (KZT 1.168.000 oder USD 9.700), ist dieser bis zum 10. April jenes Jahres, das auf den Beginn der Mineralienförderung folgt, zu leisten;
 - übersteigt der Bonus MCI 1.000, hat die Zahlung mittels Raten zu erfolgen, die auf einem während des Steuergutachtens (bis zu 5 Jahre) vereinbarten Plan beruht;
- Einführung eines Abschnittes bezüglich der Zahlung von Anschaffungskosten. Die Zahlungsfristen korrespondieren mit den vorstehend dargestellten;
- Abschaffung des PSA-Systems.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe betonte, dass dieser Vorschlag lediglich Diskussionszwecken dient und weiteren Überlegungen unterliegt. Sollte der Vorschlag angenommen werden, würde er am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Ausfuhrzoll auf Öl

Die Regierung gab ein Dekret heraus, dass die Einführung eines neuen Ausfuhrzolls auf Rohöl, Petrolkoks und Bitumen vorsieht, heraus. Die wesentlichen Aspekte dieses Dekrets sind:

- Verwendung des Tageskurses von USD 109,91 pro Tonne auf Rohöl (basierend auf dem durchschnittlichen Öl-Weltmarktpreis im ersten Quartal 2008);
- Die Rate unterliegt einer Neuberechnung basierend auf einer progressiven Staffelung des durchschnittlichen Rohöl-Weltmarktpreises. Entspricht beispielsweise der Weltmarktpreis USD 876 pro Tonne, so steigt, der Staffelung folgend, der Zollsatz auf USD 196,03 pro Tonne;
- Anwendung eines fixen Satzes von USD 27,43 pro Tonne Rohöl für Abgabepflichtige (kein Staffeltarif);
- Anwendung von USD 82,20 pro Tonne auf Petrolkoks und Bitumen;
- Der Ausfuhrzoll gilt nicht für Gas und Erdgas.

Besagte Änderungen der Ausfuhrzölle betreffen jedoch nicht jene Nutzer von Bodenschätzen, deren Verträge Stabilitätsklauseln bezüglich der Ausfuhrzölle enthalten. Das Dekret trat am 17. Mai 2008 in Kraft.

Kontakt vor Ort

Tomas Balco, Telefon: +7 (727) 298 0448

Czech Republic Investment incentives for manufacturing industry to be cancelled

Last month, the government approved a proposal to cancel investment incentives for the manufacturing industry. Investment incentives include tax holidays, job creation subsidies, and training and retraining subsidies.

The investment incentives already granted will remain valid, but no new investment incentives will be granted starting next year.

We therefore recommend that you evaluate the investment planned over the next three years into production and assess whether to make use of the last chance to acquire investment incentives.

The basic conditions for being granted investments are as follow:

- Investment of at least CZK 100 million into expansion of production over the next three years (minimum investment is decreased to CZK 50 million or, as the case may be, CZK 60 million with respect to regions with high unemployment),
- Financing of at least half of the minimum investment using own equity,
- At least 60 % of total investment must be used to buy new machines.

Tax support for research and development

As the system of investment incentives for the manufacturing industry is soon to be cancelled, tax allowance for research and development, which has been provided in the Czech Republic since 2006, will surely gain in importance. The research and development tax allowance can be acquired without undergoing any form of approval mechanism as in the case of investment incentives for the manufacturing industry.

To be able to utilise this tax relief, it is necessary to do the following:

- Prepare a project describing your company's research and development activities,
- Enumerate eligible costs of research and development,
- Utilise these costs as a tax allowance in the tax return for the taxation period in question.

Effective 1 January 2008, it is possible to request a binding ruling from the tax authorities as to whether your company's specific activity can be deemed research and development. This can further increase your legal certainty when making use of this type of tax support.

If your company is involved in research and development, the tax allowance for research and development provides a unique opportunity to decrease the tax liability by utilising the costs aimed at your company's key development areas.

Latvia Tax treatment of interest payments

Corporate tax law

Under the Corporate Income Tax Act, section 6.4, subsections 1 and 2, the higher of the following amounts must be added back to taxable income:

1. Excess over interest arrived at by applying to the debt 1.2 times average short-term credit rate at lending institutions for the last month of the tax period as determined by the Central Statistical Office; or
2. Interest in proportion to excess of the average debt for the tax period over four times the equity figure reported in the taxpayer's annual accounts.

Under the CIT Act, section 6.4, subsection 4, any interest Latvian residents pay on credits, hire purchases and borrowings from Latvian and EU registered lending institutions, the Latvian State Treasury, the Nordic Investment Bank and the World Bank Group, and considering amendments effective from 1 January 2007, is fully deductible for CIT purposes.

Anti discrimination provisions in international treaties

Article 56 of the Treaty establishing the European Community ('EU Treaty') prohibits all restrictions on movement of capital between member states. The EU Treaty makes certain exceptions permitting discrimination (e.g. if different

provisions are applied to prevent tax evasion). We find that these exceptions do not cover section 6.4 of the CIT Act.

Latvia's double tax treaties contain an anti discrimination clause. Some of these anti discrimination clauses (e.g. in the treaty with Lithuania) include a specific provision stating that interest a Latvian company pays to residents of the other contracting state is deductible on the same terms as with interest paid to Latvian residents. This provision of the treaty clearly shows that a restriction on deductibility of interest paid to non Latvian residents qualifies as discriminatory if it does not extend to Latvian residents.

Tax relief available under the treaties is applicable directly, i.e. the law of the contracting state need not be amended before its residents can claim treaty relief. Provisions of the EU Treaty, on the other hand, are afforded a different treatment. As the European Court of Justice has determined in several cases, member states (including Latvia) have autonomy in direct taxation, yet the law of a member state must not be contrary to EU law. Thus, Latvia ought to ensure that its tax laws do not impose less generous provisions on residents of other member states than those available to Latvian residents in the same circumstances.

Interest discrimination history

The provisions of the CIT Act relating to tax deductions on interest payments have been amended in order to eliminate discrimination. Before 2005, the CIT Act, section 6.4, subsection 4 stated that interest paid on credits and borrowings from Latvian registered lending institutions was fully deductible. From 1 January 2005, the amended subsection 4 states that interest payments to lending institutions registered in other member states are also fully deductible. Thus, the CIT Act was amended to extend the same treatment of interest to non Latvian and Latvian EU residents, i.e. to remove any advantage Latvian lending institutions had over lending institutions established elsewhere in the EU. However, following the amendments effective from 1 January 2007, the CIT Act, section 6.4, subsection 4 states that interest payments on credits issued by Latvian residents are also fully deductible. Thus, the CIT Act again contains a discriminatory provision in the light of Article 56 of the EU Treaty.

To avoid having to apply the discriminatory provisions of the CIT Act, a Latvian Taxpayer may apply to the State Revenue Service or the Finance Ministry for written confirmation that interest payments to EU residents are fully deductible.

Share acquisitions from non-residents

A Latvian registered trader may have to withhold Latvian personal income tax on payment for company shares he buys from a non Latvian resident individual. From 12 June 2007, the Personal Income Tax Act states that non Latvian resident individuals must pay Latvian tax when selling shares in a Latvian or foreign entity if real estate in Latvia constituted directly or indirectly more than 50 % of the entity's asset value in the year of disposal or in the preceding year. If these statutory criteria are met and shares are sold to a Latvian company or sole trader, then 2 % personal income tax must be withheld at the time of payment. The withholding obligation has no exception and the tax must be transferred to the State Treasury on or before the 5th day of the month following the month of payment.

To ensure compliance with the law (i.e. check the 50 % threshold), the Latvian buyer should ask the foreign seller to produce the company's balance sheet at the beginning of the year in which the shares are sold and the preceding year, and request information on real estate disposals at company level in the preceding year.

If the buyer withholds 2 % tax on proceeds, then the seller has satisfied his obligation to pay Latvian tax. The seller may also file his annual tax return, stating taxable income and a tax liability at 25 % of taxable income.

Lithuania Amendments to the Law on CIT

Taxation of dividends (in force as of 1 January 2009)

Withholding tax on dividends can reduce the CIT payable of the Lithuanian company receiving the dividends from another Lithuanian company. Former legislation allowed reducing the CIT payable of the company paying the dividends. If the amount of tax to be credited exceeds the amount of CIT payable, the difference may be refunded based on general rules (previously, the difference was carried forward to the next period).

Dividends received from the companies established in a member state of the European Economic Area are not subject to CIT (previously they were subject to CIT at the standard tax rate).

Lithuanian companies may reduce the CIT payable by the amount of CIT paid in a foreign country on the following income:

- Dividends received. Before the amendments came into force, in some cases, withholding tax paid on dividends in a foreign country could not reduce the amount of CIT payable by a Lithuanian company.
- Interest, irrespective of the CIT amount paid thereon in a foreign country comprising a part of the CIT payable in Lithuania.

Other amendments

Amendments applicable as from the tax period started in 2008:

- Amounts paid for education of employees are deductible during the period when they were incurred. The amounts paid for the future employees should be accrued and depreciated after the employee starts to work for the company.
- The amendments also provide tax incentives for the companies investing in R&D activities. According to the amendments, R&D expenses (except amortization and depreciation of assets) will be three times deductible for CIT purposes during the period when they were incurred. The new legislation also provides for a shorter depreciation period (two years) for particular long-term assets used in R&D activities.
- The new amendments provide for a more favourable procedure of calculation of the deductible sponsorship amount for CIT purposes in cases when the losses are carried forward from the previous periods.
- According to the new legislation, taxable losses from the main activities of a company may be carried forward for an unlimited period of time provided that certain criteria are met. Tax losses incurred in the disposal of securities or derivative financial instruments can be carried forward for a period of five years.

Ukraine Recent interpretation of losses carried-forward

The tax authorities have expressed an opinion that in fiscal year 2008, a taxpayer is entitled to decrease its taxable income only by the amount of losses recorded in its 2007 corporate profit tax (CPT) return. This would mean that the taxpayer has no right to utilise losses incurred before 1 January 2006, due to a limitation introduced by the 2007 Budget Law.

We will inform you about the future development of this issue as soon as we have new information available.

Serbia

Changes in the total amount of cash and cheques that may be taken in and out of Serbia

The national bank of Serbia modified the Decision on the conditions for effecting personal and physical transfer of means of payment to and from abroad ("RS Official Gazette", N^os. 67/2006 and 52/2008) with the effect from 1 June 2008.

- Resident and non-resident individuals are now allowed physically to take RSD in and out of Serbia in a total amount not exceeding the equivalent of EUR 10,000 per person, instead of EUR 5,000;
- The same limit will apply to the total amount in foreign currency cash physically taken out of Serbia. The absence of any limitation for bringing such financial means into the country will be still in force;
- Residents may, additionally to the EUR 10,000 equivalent in foreign currency cash mentioned above, take out up to EUR 15,000 equivalent in foreign currency per individual in the framework of changing residency (relocating from Serbia);
- Non-residents may take out of Serbia more than EUR 10,000 if they can demonstrate to the Customs authorities that:
 - An amount exceeding EUR 10,000 was declared to customs authorities when entering into Serbia;
 - Such cash amount was withdrawn from a foreign currency account or a foreign currency deposit book with a Serbian bank.

Kazakhstan

Adopted and proposed changes to Kazakhstan tax legislation

We prepared for you an executive summary of legal and tax amendments in Kazakhstan in 2008:

Tax Code Amendments

Amendments to the Tax Code in relation to social payments were introduced. The obligation to pay maternity leave allowances was transferred from employers to the State. Accordingly, maternity leave allowances become non-deductible for corporate income tax purposes.

New Work Permit Rules

A new Decree establishing new work permit rules was issued. Notable changes introduced by the new rules include:

- scaling system will be introduced for foreign labour force with a marginal rate established for each category, the scaling will be based on (i) education, (ii) length of professional practice and (iii) demand of local labour market;
- exemption from work permit for Heads of Banks and Insurance companies is abolished (instead the exemption is introduced for managers and specialists working in regional Almaty Financial Centre);
- simplified procedure for work permit will apply for CEOs of companies more than 50 % owned by a foreign shareholder (no research on Kazakhstan labor market will be required);
- employer's representative may participate in meetings of a Commission, which decides on issuing the work permits;
- decision to issue a work permit will take into account employees' professional qualification.

The Decree entered into force on 1 June 2008.

Rules to determinate the object of taxation and objects connected with taxation based on indirect methods.

New rules to determine the object of taxation and objects connected with taxation based on indirect methods (assets, liabilities, turnovers, cost, and expenditure) were introduced.

Tax authorities have the right to use these Rules to determine the tax obligation of a taxpayer in the event that the accounting procedure has been violated, or in case of loss or destruction of accounting documents (like fire, theft etc.) to determine objects of taxation and objects connected with taxation.

Please note that violation of accounting procedures / loss or destruction of accounting documents includes absence of documents, which could be the base for tax liability computations.

Subsurface Taxation Reform

A Working Group under the Ministry of Economy and Budget Planning held a discussion of the proposed subsurface taxation reform. The Working Group distributed to the investor's community the proposed draft amendments to the Tax Code. Notable changes include:

- abolish royalty;
- introduce new minerals production tax:
 - with respect to oil and gas, tax basis refers to the London Exchange prices (i.e. disregarding transportation costs);
 - tax rates for production of oil and gas range from 5 % to 20 % (based on sliding scale) depending on production output;
- modify the rent tax on oil exports:
 - disregard transportation costs when computing tax base;
 - increase rent tax rates; current range from 0 % - 33 %, proposed range from 22 % - 57 %;
- reconsider deadlines for payment of commercial discovery bonus
 - if bonus is less than 1,000 MCI (KZT 1,168,000 or USD 9,700), it is due by 10 April following the year in which minerals production was commenced;
 - if bonus exceeds 1,000 MCI (KZT 1,168,000, or USD 9,700), it should be paid via instalments based on a schedule agreed during tax expertise (up to 5 years);
- introduce section concerning payment of historical costs. Payment deadlines correspond to those proposed for the commercial discovery bonus;
- abolish the PSA regime.

The chairman of the Working Group emphasized that this proposal is for discussion purposes only and is subject to further consideration. Should this proposal be approved, it would enter in force as of 1 January 2009.

Export Custom duty on Oil

The Government issued a decree introducing a new export customs duty on crude oil, petroleum coke, and bitumen. The key features of the new decree include:

- Applies to crude oil at the current rate of USD 109.91 per ton (based on Q1 2008 average world oil price);
- The rate is subject to re-calculation based on a progressive scale for average world prices of crude oil. For example, according to the scale, if the world price of crude oil is equal to USD 876 per ton, the customs duty rate increases to USD 196.03 per ton;
- Applies to crude oil at the fixed rate of USD 27.43 per ton for payers of rent tax on oil exports (no sliding scale);
- Applies to petroleum coke and bitumen at USD 82.20 per ton;
- The export duty does not appear to apply to gas or gas condensate.

Importantly, the export customs duty does not apply to subsurface users whose contracts contain stability clauses covering export customs duties. The decree entered into force as of 17 May 2008.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogjine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.